



Kredit trotz Korruptionsgefahr bewilligt

Der Nationalrat will Rumänien und Bulgarien mit 257 Millionen Franken unterstützen. Trotz Absicherungen fürchtet die SVP, dass das Geld in der Korruption versickert.

Von **Daniel Friedli, Bern**

Es war eine Debatte mit umgekehrten Vorzeichen. Die SVP berief sich lautstark auf die EU und verlangte, man müsse mindestens auf Brüssel warten. Die Linke konterte, die Schweiz sei selbstständig und wisse selber, was zu tun sei.

Den Anlass für diesen ungewöhnlichen Schlagabtausch bildeten die Unterstützungsbeiträge der Schweiz an Bulgarien und Rumänien. Und der Grund dafür liegt in Geschichten, wie letzte Woche wieder eine kursierte: Im bulgarischen Verteidigungsministerium soll ein hoher Beamter extra zwei rosafarbene Dienstwagen angeschafft haben. Der Mann wollte damit seiner Tochter ermöglichen, in einem zum Abendkleid passenden Gefährt beim Schulball vorzufahren. Kurzum: Bulgarien hat ein Problem mit Misswirtschaft und Korruption, was auch die EU in etlichen Berichten bemängelt hat. Brüssel ging gar so weit, dass es letztes Jahr eigene Fördergelder kurzerhand stoppte. 220 Millionen Euro wurden gestrichen, weitere 340 Millionen sind eingefroren, bis Bulgarien bei der Korruptionsbekämpfung Fortschritte melden kann.

SVP will auf Brüssel warten

Vor demselben Problem stand gestern nun der Nationalrat. Gestützt auf das 2006 angenommene Osthilfegesetz, möchte der Bundesrat auch die beiden jüngsten EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien finanziell unterstützen, mit total 257 Millionen Franken. Und im Rat gab vor allem die Frage zu reden: Darf man angesichts der Korruptionsprobleme für die beiden Länder überhaupt Kredite sprechen?

Nein, lautete die Antwort der SVP. Sie erachtete die Unterstützung generell als unnötig und wollte sich, wenn man schon Ja sagt, zumindest besser absichern. Das

Geld dürfe erst fließen, wenn auch die EU den Hahn wieder geöffnet und ihre Kritik an Bulgarien schriftlich widerlegt habe, forderte Ulrich Schlüer (ZH). «Die Probleme, die effektiv bestehen, werden derzeit schlicht und einfach ausgeklammert.»

Dass Schlüer damit einen wunden Punkt ansprach, räumten auch die Befürworter ein. Doch anders als die SVP vertrauen sie dem Bundesrat. Er hat versprochen, das Geld später erst freizugeben, wenn er selber überzeugt ist, dass eine effiziente Verwendung garantiert werden kann. «Keiner von uns will, dass Geld des Bundes in korrupte Projekte fließt», versicherte Aussenministerin Micheline Calmy-Rey.

Bundesrat baut Sicherungen ein

Der Bund plant darum, in das Geschäft verschiedene Sicherungen einzubauen. So

sollen die Abkommen, welche die Schweiz mit Rumänien und Bulgarien noch unterzeichnen muss, Vorauszahlungen ausschliessen und eine Korruptionsklausel enthalten. Sie würde es erlauben, bei Unregelmässigkeiten die Zahlungen zu stop-

pen – und notfalls gar Geld zurückzuverlangen. Die Stellen, die auf bulgarischer und rumänischer Seite für den Einsatz der Gelder verantwortlich sind, will man selber einer genauen Analyse unterziehen. Und auch bei den einzelnen Projekten versprach Calmy-Rey eine enge Begleitung durch internationale Experten.

Der SVP geht dies indes nicht weit genug. Die Verwaltung werde kaum sehr genau hinschauen, fürchtete Lukas Reimann (SG). Schliesslich habe die Schweiz auch bisher Projekte im korruptionsanfälligen Bulgarien unterstützt. Die Befürworter verwiesen hingegen darauf, dass ein Teil des Geldes gerade dazu da sei, den Rechtsstaat zu stärken. «Wenn alles in Ordnung wäre, bräuchten diese Staaten unsere Hilfe nicht», sagte Mario Fehr (SP, ZH).

Der Rat folgte dieser Auffassung und leitete den Kredit letztlich mit 113 zu 52 Stimmen an den Ständerat weiter. Das Geld soll dazu dienen, etwa die Gesundheitsversorgung, die Abfallentsorgung oder den Naturschutz zu verbessern. Keine Chance hatte die Forderung der SP, 10 Prozent davon fix für die Roma einzusetzen.